

Stadt Obertshausen
Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Julia Koerlin
Schubertstraße 11
63179 Obertshausen

Behandlung im: HFW

Obertshausen, 28.04.2017

Repräsentative Bürgerbefragung

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin Koerlin,

die Fraktionen der SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen stellen gemeinsam folgenden Antrag zur Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung:

Beschlusstext

1. Der Magistrat wird gebeten, bis spätestens Ende Mai 2017 den Auftrag für eine repräsentative Bürgerbefragung an eine geeignete Agentur zu vergeben, die weitreichende Expertise mit dieser Form der Befragung auf kommunaler Ebene hat.
2. Die Gruppe der zu befragenden Personen ist im Sinne einer repräsentativen Stichprobe nach wissenschaftlichen Kriterien zusammenzustellen.
3. Die nachfolgend genannten Schwerpunktthemen sind bei der Befragung zu berücksichtigen: Infrastruktur, Stadtbild/Stadtentwicklung, Soziales Miteinander in der Stadt, Bürgermitwirkung/-beteiligung.
4. Das Resultat der Befragung ist der Öffentlichkeit und den kommunalpolitischen Gremien im Rahmen einer öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vorzustellen. Die detaillierten Ergebnisse sind allen Fraktionen schriftlich zur Verfügung zu stellen und auf der Internetseite der Stadt Obertshausen zu veröffentlichen.
5. Das Projekt ist von Anfang an durch eine aktive, begleitende Presse- und Öffentlichkeitsarbeit seitens der Stadt zu unterstützen.

Begründung

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 19.05.2016 beschlossen, in Obertshausen eine Bürgerbefragung durchzuführen, deren Ziel es sein soll, in strukturierter Form Informationen über die Meinungen, Belange und Interessen der Obertshausener Bürgerinnen und Bürger bezüglich

der Lebensqualität in unserer Stadt einzuholen. Um ein Stimmungsbild zu erlangen, das der soziodemographischen Struktur der Obertshausener Bevölkerung entspricht, ist es wichtig, dass bei der Zusammenstellung der Stichprobe die Repräsentativität sichergestellt ist.

Durch die Befragungsergebnisse können Politik und Verwaltung wissenswerte Erkenntnisse für ihre Arbeit gewinnen. Die Befragten erhalten die Möglichkeit, in Fragebögen mit teils geschlossenen, teils offenen Fragen mitzuteilen, was ihnen wichtig ist, wo sie „der Schuh drückt“ und wie sie zu aktuellen kommunalen Themen denken.

Die antragstellenden Fraktionen legen Wert darauf, dass der durch die Befragung initiierte Informations- und Meinungsaustausch nicht mit der Bekanntgabe der Umfrageergebnisse endet, sondern dass die Befragung als Startpunkt für einen kontinuierlichen kooperativen Diskurs zwischen Politik, Verwaltung und Bevölkerung dient und die Möglichkeit für spätere Folgeaktivitäten und Mitwirkungsangebote eröffnet.

Mit freundlichen Grüßen

Manuel Friedrich
SPD-Fraktionsvorsitzender

Anthony Giordano
CDU-Fraktionsvorsitzender

Dr. Klaus-Uwe Gerhardt
Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen